



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 15.05.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:03 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Prof. Dr. Claudia Dalbert

Olaf Böhlke

Torsten Radtke

Alexander Raue

Dr. Jörg Erdsack

Dirk Gernhardt

Dr. Silke Burkert

Friedemann Raabe

Andreas Wels

Tim Kehr wieder

Torsten Doege

Marion Krischok

Johannes Menke

Julius Neumann

Stefan Schulz

Sabine Wolf

Ausschussvorsitzende,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

AfD-Stadtratsfraktion Halle,

anwesend bis 19.31 Uhr

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Volt/MitBürger

Fraktion Hauptsache Halle,

anwesend bis 19.22 Uhr

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle

(Saale), anwesend bis 19.10 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner,

anwesend bis 19.22 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf

Simon Kuchta

Dr. Christine Gröger

Lucas Bühren

Tobias Teschner

Daniel Schöppe

Daniel Zwick

Sophia Waldowski

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Leiter Fachbereich Umwelt

Leiterin Fachbereich Gesundheit

Leiter Team Realsteuern

Leiter Fachbereich Sicherheit

Leiter Abteilung Brand-,

Katastrophenschutz/ RD

Leiter DLZ Klimaschutz

Stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Matthias Lux

Jens Böttcher

Thomas Schied

Michael Kramer

Vorsitzender Geschäftsführer der

Stadtwerke Halle GmbH

Energieversorgung Halle Netz GmbH

Stadtrat

Kriminaldirektor,

Polizeiinspektion Halle (Saale)

Entschuldigt fehlten:

Henry Körner

Josef Hebeda

Miriam Schöps

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Ausschussvorsitzenden, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Burkert vertagte den TOP 6.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an der Haltestelle „Marktplatz“ in die Septembersitzung.

Frau Prof. Dr. Dalbert sagte, dass nichts auf die Tagesordnung zu setzen ist.

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass zum TOP 6.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes ein Änderungsantrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER vorliegt, der unter TOP 6.4.1 behandelt wird.

Des Weiteren informierte sie darüber, dass es zwei neue Mitteilungen gibt, welche unter TOP 7.3 Polizei zur Kriminalitätslage und TOP 7.4 Ganzheitliches Elektromobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale) behandelt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.04.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden
Vorlage: VIII/2025/00943
 - 6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen

Vorlage: VII/2023/05783

- 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an der Haltestelle „Marktplatz“

Vorlage: VIII/2025/00930

V E R T A G T

- 6.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes

Vorlage: VIII/2025/00928

- 6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle "zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes" (VIII/2025/00928)

Vorlage: VIII/2025/01220

- 6.5. Antrag des Stadtrates Thomas Schied zur Förderung veganer Imbissangebote auf Volksfesten der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/00804

7. Mitteilungen

- 7.1. Informationen zur Versorgungsqualität der Stromsparte in Halle (Saale)

- 7.2. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/01120

- 7.3. Polizei zur Kriminalitätslage

- 7.4. Ganzheitliches Elektromobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung des Albedo-Effekts in der Stadt

Vorlage: VIII/2025/01133

- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Radverkehrskonzepten

Vorlage: VIII/2025/01134

9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.04.2025

11. Beschlussvorlagen

12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen

14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Kostenabbildung von Wasserentnahmen

Fragesteller 1 sagte, dass aus Gründen des öffentlichen Interesses gelegentlich Trinkwasser aus dem öffentlichen Trinkwassernetz entnommen wird, um verschiedene Aufgaben zu erfüllen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Löschwasser oder den Betrieb von Trinkbrunnen. Er fragte nach der Finanzierung dieser Entnahme.

Er bezog sich weiterhin auf den Konzessionsvertrag, § 1 Lieferverpflichtungen, Absatz 5, 2. Textabsatz, dass Löschwasser kostenlos zur Verfügung gestellt wird und fragte dazu, was das kostenlos bedeutet.

Herr Rebenstorf sichere eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Einwohnerfragen lagen nicht vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.04.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10.04.2025.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden Vorlage: VIII/2025/00943

Herr Raue führte in den Antrag ein. Er sagte, dass die Landeshauptstadt Magdeburg ca. 6.000 Euro für Herbizide zur Freihaltung der Gleiskörper ausgegeben hat. Nach der Einstellung dieser Ausgaben sind jährlich 85.000 Euro erforderlich, um die Gleiskörper freizuhalten. Er sagte, dass es in Halle ein ähnliches Verhältnis geben könnte.

Herr Rebenstorf sagte, dass die gesamte Verantwortung zu dem Antrag aktuell neu im Geschäftsbereich II liegt. Er bat darum, dass in dem Ausschuss zum Thema Umwelt

diskutiert wird. Der finanzielle Aspekt sollte im kommenden Finanzausschuss geklärt werden. Eine Zustimmung oder Ablehnung konnte noch nicht abschließend geklärt werden.

Herr Doege sagte, dass ihm nicht klar ist, wie groß das Problem bei der HAVAG tatsächlich ist. Störend wäre für ihn, dass man mit Flammen alles tötet, was sich im Gleisbett befindet, ähnlich wie bei der Deutschen Bahn. Dass kann aus Umweltschutzgedanken nicht die Lösung sein. Er fragte, was die HAVAG aktuell unternimmt, um Unkraut im Gleisbett zu bekämpfen.

Herr Rebenstorf sicherte eine Antwort darauf im Finanzausschuss zu. Er sagte, dass, sobald es möglich ist, die offenen Schotterbetten, die es noch gibt, in Rasengleise umgewandelt werden sollen.

Frau Burkert wies auf die Vorteile des Rasens hin, wie zum Beispiel Abkühlung der Luft im Sommer und verringerte Lärmemission.

Herr Raue stellte einen Antrag auf Vertagung. Der Ausschuss stimmte dem zu.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit der HAVAG, ob der Einsatz von Herbiziden gegenüber der aktuellen Freihaltung des Gleiskörpers mittels Freischneidern und Heckenscheren kostengünstiger wäre.
2. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Stadtrat bis Oktober 2025 vorgelegt. Dabei werden mindestens jeweils die Gesamtkosten ausgewiesen und gegenübergestellt.

zu 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen
Vorlage: VII/2023/05783

Herr Gernhardt führte in den Antrag ein. Er sagte, dass laut statistischem Bundesamt jährlich 2,8 Milliarden Einwegbecher in Deutschland verbraucht werden. Das sind etwa 34 Einwegbecher pro Kopf.

Herr Bühren führte zu den wesentlichen Inhalten der Stellungnahme aus. Aus Sicht der Verwaltung sind die negativen Folgen höher als der Nutzen. Die Steuer führt zu einem sehr hohen Verwaltungsaufwand, sowohl in der Umsetzung, als auch bei der späteren Erhebung. Er sagte, dass aus Tübingen erste Zahlen vorliegen. Die Einnahmen sind dort unter den Erwartungen geblieben.

Für die Komponente Vermeidung von Müll und Einwegkunststoff liegen noch keine Daten vor. Er sagte, dass es erste wissenschaftliche Publikationen gibt von der Uni Tübingen, dass es relativ wenig Einfluss hat. Er wies darauf hin, dass im neuen Einwegkunststofffondsgesetz eine Sonderabgabe aufgeführt ist.

Herr Kehrwieder sagte, dass ordnungspolitisch keine Steuerungswirkung entsteht. In Tübingen gibt es nur eine augenscheinliche Reduktion. Er sagte, dass keine Verpackung

dadurch weniger produziert wird, da sich das Konsumverhalten der Menschen nicht ändert. Es gibt keine wirtschaftliche Alternative für den To-Go-Einsatz. In bestimmten gastronomischen Einrichtungen, zum Beispiel einem Dönerimbiss, ist eine Mehrwegverpackung nicht vorgesehen.

Er sagte, dass es finanzpolitisch eventuell Mehreinnahmen gibt, dann möchte man aber nur mehr Geld einnehmen durch diese Steuer und so wäre es unter dem Deckmantel der Haushaltskonsolidierung und nicht der Umweltpolitik. Er sagte, dass jedwede umweltpolitische Maßnahme, die hier beredet werden soll, keinerlei Steuerungswirkung hat und der Antrag damit hinfällig ist.

Herr Gernhardt widersprach dieser Aussage. Er äußerte, dass es wahrscheinlich wenig sinnvoll ist, aus dem ersten Jahr der Einführung in Tübingen allgemeingültige Schlussfolgerungen zu Umweltaspekten zu ziehen. Auch in Tübingen müsste man abwarten. Andere Länder, die das schon länger durchführen, haben durch die Steuer einen Effekt. Er sagte, dass es einfach seine Zeit braucht, bis es eine Wirkung entfaltet. Er erinnerte an die Steuerungswirkung und den Effekt bei den Plastiktüten im Einzelhandel.

Er sagte, in einzelnen Einrichtungen kann man sich bereits Mehrwegverpackungen kaufen und mitnehmen, auch spontan. Beim nächsten Mal werden diese wieder mitgenommen.

Er sagte, dass es in der Tat so ist, dass die Einnahmen in Tübingen nicht so hoch wie erwartet waren. Eine Einsparung von Verpackungsmüll ist schon ein Gewinn für die Stadt und die Umwelt, auch wenn keine Einnahmen durch die Steuer erzielt werden können.

Herr Kehrwieder sagte, dass eine Studie zu einem anderen Ergebnis gekommen ist, das sind wissenschaftliche Fakten. Die Verpackungssteuer ist abzulehnen, da es keinerlei Steuerungswirkung gibt.

Herr Rebenstorf bat Herrn Dr. Erdack um das Stellen der 4. Frage, die vorab schriftlich eingereicht wurde.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob die Stadtverwaltung zu den vier in der Stellungnahme der Verwaltung vom 10. Februar 2025 genannten Zielen der Einführung der Verpackungssteuer nähere Angaben machen kann, zum Beispiel welche davon sie anhand der stadtspezifischen Rahmenbedingungen in Halle priorisiert, welche sie für besonders realistisch oder nutzenbringend hält etc.

Herr Bühren antwortete, dass durch fehlende Daten nicht klar ist, wie sich das auswirken wird. Anscheinend schreckt das Mehrwegangebot durch höhere Preise ab. Er sagte, dass es dazu den hohen bürokratischen Aufwand gibt. Welche Ziele im Endeffekt erreicht werden, bleibt abzuwarten.

Er sagte, dass eine Steuer so ausgestaltet ist, dass dieser fiskalische Zweck auch einen Nebenzweck sein kann. Aber eine Steuer muss sich auch immer rechnen. Grundsätzlich ist das Ziel die Vermeidung von Einwegverpackungen.

Herr Doege sagte, dass es in Tübingen nicht den Erfolg hatte, den man erwartet hat. Ein Vorschlag ist, Abzuwarten, wie es in Tübingen läuft. Alternativ muss man so ehrlich sein und sehen, dass das auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt wird. Er sagte, dass bei einem Kaffee zum Mitnehmen der Wegwerfbecher vorhanden ist. Aus Umweltschutzgründen ist das nicht günstig, aber es ist so und dass letztendlich alles nur teurer wird.

Herr Gernhardt fragte, ob es schon ersichtlich ist in den Unterlagen, dass es sich in Tübingen nicht gelohnt hat. Er sagte, dass man sich auch als Stadt als Vorreiter zeigen

kann, um Einwegverpackungen zu vermeiden.

Herr Bühren sagte, dass es sich geringfügig lohnt bei 1,5 Vollzeitstellen, die derzeit damit beschäftigt sind. Damals waren es um die drei Stellen, deren Zeitanteile allerdings auch in andere Projekte geflossen sind. Er sagte, dass in Tübingen auch eine starke Marketingkampagne gefahren wurde und die Anschaffung von Mehrwegsystemen gefördert wurde.

Herr Raue sagte, dass es nicht nur Verpackungen basierend auf Kunststoffen gibt. Es gibt relativ viele Plastikbecher, die im Umlauf sind. Die Meisten stellen schon um und nehmen Holzbesteck. Von Plastik entfernen wir uns Stück für Stück.

Er sagte, dass es für Unternehmer nicht immer unattraktiver gemacht werden soll, ein Geschäft zu unterhalten. Er bemängelte die hohe Bürokratie und den Mehrpreis. Er wünscht sich, dass die Verpackungen von den Menschen fachgerecht, zum Beispiel in einem Papierkorb, entsorgt werden und nicht in der Umwelt landen. Er sieht im Glasmüll ein größeres Problem.

Herr Neumann sagte, dass eine Reduzierung des Verpackungsmülls wünschenswert ist. Die Entrichtung der Steuer trifft besonders die Menschen mit kleinem Einkommen. Er fragte nach der Möglichkeit des Nutzens eines stadtweiten Pfandsystems.

Herr Dr. Erdsack verlas seine vorher schriftlich eingereichten Fragen.

Wie viele Gastronomiebetriebe mit Straßenverkauf, die von der Verpackungssteuer nach Tübinger Modell betroffen sein würden, gibt es in Halle? Angaben bitte absolut und Anzahl pro 100.000 Einwohner. Die Zahlen mindestens nach relevanten Stadtteilen wie Altstadt, Nördliche Innenstadt, Südliche Innenstadt, Neustadt etc. aufschlüsseln. Wenn keine Zahlen vorliegen, bitte eine realistische Schätzung.

Zu Frage 1: Zusammensetzung/Typen der Gastronomiebetriebe (aufgeschlüsselt nach Bäckereien, FastFood, Dönerläden, Pizzerien ...).

Welche Entsorgungskosten fallen für Einwegverpackungsmüll im Stadtgebiet an? Bitte aufschlüsseln nach Kalenderjahren und Stadtteilen, wenn möglich.

Herr Rebenstorf sicherte dazu eine schriftliche Antwort zu.

Herr Kuchta sagte, dass die meisten Gastronomen ihre eigenen Mehrwegsysteme nutzen, so dass ein Umstieg auf ein stadtweites Konzept ohne finanzielle Anreize für sie unwirtschaftlich wäre. Die Stadt hat keine Möglichkeit der finanziellen Förderung.

Herr Neumann fragte, inwiefern es eine Möglichkeit gibt, das als eine stadtweite Initiative zu schaffen ohne finanzielle Mittel.

Herr Kuchta antwortete, dass es spekulativ ist, wie man das ohne finanzielle Anreize durchsetzen kann. Es gibt bereits eine Mehrwegpflicht, die Anschaffungen wurden bereits getätigt. Es gibt für die Gastronomen keinen Anreiz erneut eine finanzielle Aufwendung auf sich zu nehmen um die Lösung umzusetzen. Er sagte, dass es intern nochmal besprochen wird, auch mit den Gastronomiebetrieben. Er betrachtet es als schwierig an.

Herr Raue gab zu Bedenken, dass Pfandverpackungen immer gereinigt werden müssen. Das ist ein zusätzlicher Aufwand, auch finanziell. Die Imbissbetreiber sollten an dieser Stelle nicht überlastet werden. Er sagte, dass ein einheitliches Pfandsystem auch wieder Bürokratie mit sich bringt. Jeder, der das möchte, kann seine Tasse mitnehmen und die befüllen lassen.

Herr Dr. Erdsack sagte, dass es zum Beispiel auf dem Weihnachtsmarkt die Pfandtassen

gibt. Er fragte, ob das von den Händlern oder der Stadt unterstützt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Stadtmarketing dafür zuständig ist, inklusive Beschaffung, Abrechnung und so weiter.

Herr Gernhardt sagte, wenn Kosten gespart werden können, weil bei der Stadtwirtschaft weniger Müll weggeräumt werden muss, kann man das an anderen Stellen nutzen, wie zum Beispiel ein Reinigungssystem von Pfandsachen.

Er stellte den Antrag auf Vertagung. Der Ausschuss stimmte dem zu.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Orientiert an der Verpackungssteuersatzung der Gemeinde Tübingen entwirft die Stadtverwaltung eine rechtssichere Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf „to go“ Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck.

Die Einführung einer Verpackungssteuer in Halle (Saale) soll den im öffentlichen Raum anfallenden Verpackungsmüll und entsprechend anfallende Kosten für Müllentsorgung reduzieren. Gleichzeitig soll sie Steuereinnahmen generieren und einen Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen setzen. Über die erstellte Satzung und die verbindliche Einführung einer Verpackungssteuer stimmt der Stadtrat nach Vorlage erneut ab.

zu 6.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes
Vorlage: VIII/2025/00928

zu 6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle "zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes" (VIII/2025/00928)
Vorlage: VIII/2025/01220

Herr Wels führte in den Antrag ein und sagte, dass ihm klar ist, dass es keine völlig rattenfreie Städte gibt. Es muss jedoch das gemeinsame Ziel sein, die Rattenpopulation so gering wie möglich zu halten. Besonders in Hinblick auf Tourismus und Zukunftszentrum muss was geschehen. Er sagte, dass die bisherigen Maßnahmen, die ergriffen wurden, punktuell durchaus hilfreich sind, sie reichen aber nicht aus. Das zeigen die massiv steigenden Sichtungen.

Die Fraktion ist der Überzeugung, dass das Problem mit der Rattenplage nur mit einer konzeptionellen Untersetzung systematisch, präventiv und nachhaltig bekämpft werden kann. Dafür wird eine stadtweite koordinierte Strategie benötigt. Er sagte, die Stadt leistet keine offensive und proaktive Öffentlichkeitsarbeit zur Verhaltensänderung der Bevölkerung.

Er berichtete von eigenen Beobachtungen von illegalen Taubenfütterungen, die nicht konsequent geahndet werden. Der Fokus darf nicht nur auf den Giftködern liegen, wie im Sozialausschuss berichtet wurde. Er sagte, dass ein ganzheitlicher Ansatz benötigt wird. Die Zuständigkeiten im öffentlichen Raum müssen klar geregelt sein.

Er berichtete von anderen Städten, die das Problem durch die Erstellung eines Konzeptes lösen konnten, zum Beispiel Freiburg, Stuttgart oder Erfurt.

Herr Kehrwieder führte in den Änderungsantrag ein sagte, dass man dem Ursprungsantrag von Hauptsache Halle einiges abgewinnen kann, er war aber zu unkonkret. Er warb um Zustimmung für den Änderungsantrag.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Ordnungsamt noch einmal sensibilisiert werden soll.

Frau Dr. Gröger verwies auf die umfangreiche Stellungnahme des Ursprungsantrages. Die Hauptbefallsstellen aus dem vergangenen Jahr werden kontinuierlich über das ganze Jahr mit Rattenboxen und Ködern belegt. In ihrer Einschätzung sieht sie die Ursache für die wachsende Rattenpopulation eindeutig in der Fütterung von Tauben und einer unzureichenden Müllentsorgung.

Die Aufklärungskampagne in verschiedenen Sprachen und die Weitergabe des Dokuments an die verschiedenen Wohnungsgesellschaften, ist in Arbeit. Sie sagte, dass die Stadt nur auf öffentlichen Flächen bekämpfen kann. Sie äußerte Bedenken gegenüber einem neuen Konzept und betonte, dass eher die Vernetzung verschiedener Akteure zielführend sein kann.

Herr Menke fragte, was gegen eine Konzepterstellung spricht.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass es zeitlicher Aufwand ist. Sie sagte, diese sollte dafür verwendet werden, um Maßnahmen auszuüben und nicht um ein Konzept zu erstellen. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren funktioniert gut. Sie sagte, dass ein Konzept das Problem nicht lösen wird, sondern das aktive miteinander Reden und Arbeiten.

Herr Menke sagte, dass die Aussagen von **Frau Dr. Gröger** für ein Konzept sprechen, wie es das in anderen Städten auch gibt. Eine punktuelle Bekämpfung sei unnützlich, da sie als eine Endlosschleife betrachtet wird. Ein umfassendes Konzept könne nicht nur systematisch helfen, sondern auch neue Lösungsansätze hervorbringen. In der Gefahrenabwehrverordnung steht, dass man Wildtiere nicht füttern darf.

Er sagte, dass er glaubt, dass Ratten auch unter Wildtiere fallen. Ratten verbreiten Krankheiten und verursachen Schäden, auch an der Infrastruktur. Er sagte, die Verwaltung sollte nicht immer so fantasielos sein, sie muss auch mal selber aktiv werden. Die Gefahrenabwehrverordnung könnte auch geändert werden.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Verwaltung ihre Arbeit auch ohne Niederschrift fortführen kann. Es gibt Punkte, die intensiviert werden können. Sie sagte, dass die Arbeit auch ohne Konzept ausgeführt werden kann.

Herr Neumann fragte, ob eine Zahl der Population in Halle genannt werden kann.

Frau Dr. Gröger sagte, dass eine Zählung der Ratten nicht stattfindet.

Herr Neumann fragte weiterhin, ob eine Einschätzung gegeben werden kann, ob das Rattenproblem in Halle stark oder weniger stark ist.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass sie dazu keine Auskunft geben kann und Rücksprache mit dem Schädlingsbekämpfer halten muss.

Herr Neumann erkundigte sich, ob es möglich ist, Mülleimer anzuschaffen, die digital anzeigen, wenn sie voll sind und dass an die Verwaltung melden.

Herr Teschner sagte, dass das eine Kostenfrage ist bei tausenden Papierkörben. Das wäre ein erheblicher Kostenaufwand. Er sagte, dass nach und nach Mülleimer eingesetzt werden, die einen Deckel haben. Er sagte, dass die Leerungsrhythmen angepasst sind. Es ist für Müll gedacht, der unterwegs anfällt, nicht für die primäre Müllentsorgung.

Das Füttern freilebender Tiere ist gemäß der Gefahrenabwehrverordnung verboten, jedoch wird diese Vorschrift systematisch umgangen. Teschner berichtete, dass die Fütterer taktisch vorgehen, indem sie zunächst minutenlang im Auto sitzen bleiben und dann im Schutz der Dunkelheit Vogelfutter auswerfen. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Personen genau wissen, was sie tun.

Herr Dr. Erdsack fragte nach Zahlen von Meldungen und Anzeigen von Rattenbefall im zeitlichen Verlauf, aufgeschlüsselt nach Monaten und Stadtteilen, sowie eine Übersicht der vom Fachbereich Gesundheit identifizierten Hotspots und Statistiken zur Häufigkeit.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass 2021 im Stadtbezirk West neun Meldungen eingegangen, im Jahr 2025 elf Meldungen. Im Jahr 2024 waren es 46 Meldungen im Stadtbezirk West. Sie sagte, eine schriftliche Antwort sollte zeitnah bei **Herrn Dr. Erdsack** vorliegen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass ihr der Änderungsantrag sehr gut gefällt. Sie fragte, wann damit zu rechnen ist, dass auf Spielplätzen und in öffentlichen Parks Mülleimer mit Deckel aufgestellt werden.

Herr Kuchta antwortete, dass das auch wieder eine Kostenfrage ist. Defekte Behälter werden direkt ausgetauscht. Der Geschäftsbereich ist bemüht, eine zügige Umsetzung zu ermöglichen.

Frau Dr. Burkert lobte die Verwaltung, da nach einer Meldung am Waldkater schnell größere Behälter aufgestellt worden.

Herr Menke erinnerte daran, dass während der Diskussion über das Taubenfüttern das Urteil des Verwaltungsgerichts Magdeburg erwähnt wurde, wonach Tauben keine Wildtiere seien.

Herr Kuchta erklärte, dass die Anfrage zur Fütterung von Wildtieren, die unzweifelhaft verboten ist, sich auf die Fütterung von Tauben bezog. Er stellte klar, dass Tauben nicht als Wildtiere gelten und das entsprechende Urteil beigefügt wurde. In Bezug auf die Rechtslage des Fütterungsverbots für wildlebende Tiere nach der Gefahrenverordnung hält sich der Fachbereich jedoch komplett heraus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

**zu 6.4.1 Änderungsantrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle "zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes" (VIII/2025/00928)
Vorlage: VIII/2025/01220**

Abstimmungsergebnis sKE:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Erstellung eines Konzeptes zur großräumigen und stadtweiten Bekämpfung von Ratten als zu diesem Zweck dienliche Maßnahme in Betracht kommt.~~

~~Dabei wird außerdem untersucht, ob im Rahmen eines möglichen Konzeptes bzw. tangierend dazu regelmäßig Aufklärungskampagnen durchgeführt werden können, um die Stadtbevölkerung für die Problematik Rattenbefall zu sensibilisieren.~~

~~Die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen eines Konzeptes ist ebenfalls Bestandteil der Prüfung.~~

~~Der Stadtrat wird im III. Quartal 2025 über das Ergebnis informiert.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, neben den bestehenden Maßnahmen ein erweitertes Konzept zu entwickeln, das sowohl präventive als auch direkte Maßnahmen umfasst, um die stark zunehmende Rattenpopulation in Halle wirksam einzudämmen.

Dabei werden folgende Punkte als essenzielle Bestandteile des Konzeptes berücksichtigt:

- **Ein digitales Meldesystem für überfüllte Mülleimer und Schädlingssichtungen an öffentlichen Plätzen (vorzugsweise QR-Codes), sodass Bürgerinnen und Bürger Missstände direkt melden können. Dabei bietet sich eine Verknüpfung zwischen dem Meldesystem *Sag's uns einfach* und der angeführten Spezialsoftware für die Dokumentation der Schädlingsbekämpfung an.**
- **Intensive, regelmäßige Informationskampagnen, um die Bevölkerung über direkte Zusammenhänge zwischen Müllentsorgung und Rattenbefall aufzuklären – z.B. durch gezielte Kampagnen in Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen und dem Internetauftritt der Stadt Halle (Saale).**
- **Eine Anpassung der Entsorgungsintervalle für stark frequentierte Orte wie Spielplätze, Parks und öffentliche Plätze, um das übermäßige Müllaufkommen zu reduzieren. Alternativ werden sukzessiv veraltete, kleine Metallmülleimer durch größere Kunststofftonnen, die mittels Deckel geschlossen werden, ersetzt.**
- **Gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der gegenwärtigen Rattenpopulation, die sich auf effektive Bekämpfungsmethoden konzentrieren, ohne ökologische oder tierschutzrechtliche Bedenken zu vernachlässigen.**
- **Fokus auf Problemgebiete: Basierend auf dokumentierten Befalls-Hotspots sollen verstärkte Kontrollmaßnahmen und nachhaltige Strategien entwickelt werden.**

Das Konzept soll dem Stadtrat bis zum 31.01.2026 vorgelegt werden.

zu 6.4 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erstellung eines Rattenbekämpfungskonzeptes**
Vorlage: VIII/2025/00928

Abstimmungsergebnis: skE:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: SR:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Erstellung eines Konzeptes zur großräumigen und stadtweiten Bekämpfung von Ratten als zu diesem Zweck dienliche Maßnahme in Betracht kommt.~~

~~Dabei wird außerdem untersucht, ob im Rahmen eines möglichen Konzeptes bzw. tangierend dazu regelmäßig Aufklärungskampagnen durchgeführt werden können, um die Stadtbevölkerung für die Problematik Rattenbefall zu sensibilisieren.~~

~~Die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen eines Konzeptes ist ebenfalls Bestandteil der Prüfung.~~

~~Der Stadtrat wird im III. Quartal 2025 über das Ergebnis informiert.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, neben den bestehenden Maßnahmen ein erweitertes Konzept zu entwickeln, das sowohl präventive als auch direkte Maßnahmen umfasst, um die stark zunehmende Rattenpopulation in Halle wirksam einzudämmen.

Dabei werden folgende Punkte als essenzielle Bestandteile des Konzeptes berücksichtigt:

- **Ein digitales Meldesystem für überfüllte Mülleimer und Schädlingssichtungen an öffentlichen Plätzen (vorzugsweise QR-Codes), sodass Bürgerinnen und Bürger Missstände direkt melden können. Dabei bietet sich eine Verknüpfung zwischen dem Meldesystem *Sag's uns einfach* und der angeführten Spezialsoftware für die Dokumentation der Schädlingsbekämpfung an.**
- **Intensive, regelmäßige Informationskampagnen, um die Bevölkerung über direkte Zusammenhänge zwischen Müllentsorgung und Rattenbefall aufzuklären – z. B. durch gezielte Kampagnen in Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen und dem Internetauftritt der Stadt Halle (Saale).**
- **Eine Anpassung der Entsorgungsintervalle für stark frequentierte Orte wie Spielplätze, Parks und öffentliche Plätze, um das übermäßige Müllaufkommen zu reduzieren. Alternativ werden sukzessiv veraltete, kleine Metallmülleimer durch größere Kunststofftonnen, die mittels Deckel geschlossen werden, ersetzt.**
- **Gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der gegenwärtigen Rattenpopulation, die sich auf effektive Bekämpfungsmethoden konzentrieren, ohne ökologische oder tierschutzrechtliche Bedenken zu vernachlässigen.**
- **Fokus auf Problemgebiete: Basierend auf dokumentierten Befalls-Hotspots sollen verstärkte Kontrollmaßnahmen und nachhaltige Strategien entwickelt werden.**

Das Konzept soll dem Stadtrat bis zum 31.01.2026 vorgelegt werden.

**zu 6.5 Antrag des Stadtrates Thomas Schied zur Förderung veganer Imbissangebote auf Volksfesten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00804**

Herr Schied führte in den Antrag ein. Er sagte, dass das vegane Speisenangebot zum Beispiel auf dem Weihnachtsmarkt sehr gering ist. Besonders im Bereich der Studierenden ist ein höherer Anteil an Veganern vorhanden. Diese werden dann von Feierlichkeiten ausgeschlossen.

Er kritisierte die Antwort der Verwaltung und war besonders überrascht von der Aussage, dass die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher gewährleistet sein müsse. Dies hat nichts mit dem Thema zu tun. Er begrüßte die Aussage, dass das Angebot von veganer Speisen grundsätzlich zu begrüßen ist. Er sagte, dass er mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung, im Rahmen der Auswahlentscheidung auf ein ausgewogenes Speisenangebot zu achten, nichts anfangen kann.

Herr Teschner sagte, dass die oberste Priorität bei Veranstaltungen nicht die vegane Speise, sondern die Sicherheit ist. Man muss viele Dinge betrachten bei der Veranstaltungsplanung. Er sagte, dass sich die Sachlage der Angebote nach Corona verändert hat. Es gibt weniger Bewerbungen auf die Ausschreibungen.

Er sagte, ein breites Speisenangebot ist zu begrüßen, aber es wird durch Angebot und Nachfrage geregelt. Die Stadtverwaltung möchte bei dem Auswahlverfahren auf Vielfältigkeit achten.

Herr Raabe sagte, dass die Intention des Antrages begrüßenswert ist. Die rechtlichen Bedenken der Stadtverwaltung sind ein schwerwiegendes Argument. Er äußerte den Wunsch nach einer detaillierteren Erläuterung, um deutlich zu machen, dass dies im Auswahlverfahren stärker berücksichtigt werden soll und wie das umgesetzt werden kann.

Herr Teschner sagte, dass bei einer fehlenden Bewerbung von Anbietern mit veganer Speise, ein Auswahlverfahren schwierig ist. In diesem Fall lässt sich annehmen, dass das Angebot an veganen Speisen auf Volksfesten nicht besonders gefragt ist.

Herr Schied sagte, dass das Imbissangebot auf Volksfesten ungesund und einseitig ist. Mehr Engagement der Stadtverwaltung wäre zu begrüßen.

Herr Menke sagte, dass **Herr Schied Herrn Teschner** Vorschläge unterbreiten kann, welche Speisen er sich auf den Volksfesten wünscht und welche Optionen die Stände anbieten können.

Herr Raabe regte an, dass man sich mit den Veranstaltern von dem Leipziger Weihnachtsmarkt in Verbindung setzen kann, da dort das Angebot veganer Speisen besser ist.

Herr Raue sagte, betonte die Wichtigkeit von freiem Unternehmertum. Er sieht den großen Bedarf an veganen Speisen nicht. Am Ende muss es wirtschaftlich sein.

Herr Kehrwieder sagte, dass Leipzig soziokulturell ein anderes Umfeld als Halle hat. Die Angebote der Speisen regelt der Markt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Auf städtischen Volksfesten werden für Imbissstände, die ausschließlich vegane Speisen anbieten, zukünftig die anfallenden Standgebühren um fünfzig Prozent gemindert. Ausgenommen davon sind Verkaufsstände, die vorwiegend Getränke und Süßwaren anbieten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Informationen zur Versorgungsqualität der Stromsparte in Halle (Saale)

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Lux und Herrn Böttcher. Dem Rederecht wurde stattgegeben.

Herr Böttcher berichtete anhand der Präsentation über die Versorgungsqualität der Stromsparte in Halle (Saale). Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Raue fragte, was passiert, wenn Umspannwerke, Transformatoren usw. vorsätzlich beschädigt oder zerstört werden. Er fragte weiterhin, ob es zu Insellösungen kommen kann, wenn Halle von einem großflächigen Stromausfall betroffen wäre.

Herr Böttcher antwortete, dass das technisch nicht trivial ist. Es ist theoretisch möglich, Netze zu verinseln und aus einzelnen Kraftwerksanlagen zu versorgen. Das ist nicht Stand der Technik, das ist nicht erprobt. Er sagte, dass eine Testung nicht vorgesehen ist.

Herr Neumann fragte nach den Ausbauplänen für das Netz in Halle. Er fragte weiterhin nach der Entwicklung der Versorgungssicherheit, wenn die erneuerbaren Energien im Netz weiter zunehmen.

Herr Böttcher antwortete, dass konkrete Konzepte und Pläne für den Ausbau der Versorgungsnetze vorliegen. Diese beinhalten auch die Wärmepumpentechnologie, die Elektromobilität und die dezentralen Einspeisungen.

Frau Dr. Burkert fragte nach dem Stand einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Feuerwehr in Büschdorf.

Herr Teschner antwortete, dass die Prüfung zur Umsetzung aktuell erfolgt.

Herr Menke fragte, ob Cybersicherheit oder Anschläge ein Thema bei der Energieinfrastruktur in Halle sind.

Herr Böttcher antwortete, dass das ein großes Thema ist. Es wird ständig versucht, das Netz sicherer zu machen. Ein vor kurzem stattgefundener Penetrationstest verlief positiv.

Herr Radke fragte zu den Ausfallzeiten durch Tiefbauarbeiten und fragte, ob diese durch menschliches Versagen verursacht werden.

Herr Böttcher antwortete, dass die geografische und örtliche Lage der Leitungen bekannt ist. Die Gründe der Schäden können vielfältig sein.

Herr Doege fragte nach der Kennzeichnung der Netzfrequenz als Gütequalität.

Herr Böttcher sagte, dass das durch die Netzbetreiber permanent überwacht wird. Bei Abweichungen wird gegengesteuert.

Herr Doege fragte, ob nach dem großen Stromausfall in Spanien auch Erkenntnisse der Ursache in Halle besprochen werden.

Herr Böttcher antwortete, dass eine Auswertung vorgesehen ist.

Herr Raue fragte, was es für weitere Vorkommnisse gab, die zu Netzausfällen führten.

Herr Böttcher antwortete, dass zum Beispiel Witterungseinflüsse und externe Einwirkungen zu Störungen führten.

Herr Raue fragte, ob die externe Einwirkung eine mutwillige Beschädigung war und der Vorgang aufgeklärt ist.

Herr Böttcher bejahte das.

Herr Raue fragte, wie lange die aktuellen Lieferzeiten von Trafos ist.

Herr Böttcher antwortete, dass die Lieferzeit aktuell ca. ein Jahr beträgt.

Herr Raue fragte, ob es ein großes Problem darstellen würde, wenn die Trafos zerstört werden würden.

Herr Böttcher antwortete, dass Ersatzstationen vorgehalten werden.

Herr Raue fragte, wie man die Trafos schützen kann.

Herr Böttcher antwortete, dass verschiedene Schutzmaßnahmen ergriffen werden können, wie zum Beispiel Umzäunung oder die Arbeit mit Überwachungssystemen. Er sagte, ein kompletter Schutz von Freilichtanlagen ist unmöglich. Für innenliegende Anlagen ist es eine Frage des Gebäudeschutzes. Er sagte, dass in diesen Belangen mit Experten zusammengearbeitet wird.

Herr Raue fragte nach der Verwendung von Erdkabeln und nach der Nutzung von Insellösungen und Handreichungen in diesem Zusammenhang.

Herr Böttcher antwortete, dass es eine enge Zusammenarbeit mit Mitnetz Strom gibt zu diesen Themen und Fragen.

Herr Dr. Erdsack fragte, ob es gegen den Saboteur eine Privatklage gibt.

Herr Böttcher bestätigte das.

Herr Neumann fragte, wie viele Fälle es gibt, in denen Anschlüsse von Privatleuten abgelehnt werden muss und was in solchen Fällen dann passiert.

Herr Böttcher antwortete, dass es sehr wenige Fälle davon gibt. Der Netzausbau muss mit den zukünftigen Bedarfen mitgedacht werden.

zu 7.2 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) **Vorlage: VIII/2025/01120**

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Herr Doege bezog sich auf die Baumfällung 1930 und fragte, ob dort auch wieder Robinien gepflanzt werden.

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Doege bezog sich auf die Baumfällung 1935 und fragte, warum acht Bäume nachgefordert werden, obwohl nur drei gefällt wurden.

Herr Kuchta antwortete, dass es auf Grund der Größe der gefällten Bäume mehr Ersatzpflanzungen geben muss.

zu 7.3 Polizei zur Kriminalitätslage

Frau Prof. Dr. Dalbert beantragte das Rederecht für Herrn Kramer. Dem Rederecht wurde stattgegeben.

Herr Böttcher berichtete anhand der Präsentation über die Kriminalitätslage in Halle. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Polizei noch Fahrradcodierungen vornimmt.

Herr Kramer sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Neumann fragte, welche Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls ergriffen werden können.

Herr Kramer antwortete, dass es zum Beispiel durch die Präsenz an den Brennpunkten positiv beeinflusst werden kann. Die mediale Berichterstattung kann auch dazu beitragen, Ängste zu schüren.

Herr Neumann fragte, ob Pläne bestehen, die Präsenz zu erhöhen.

Herr Kramer antwortete, dass die Schwerpunkte auf Grund der Statistik benannt werden. An diesen Orten werden verschiedene Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel der Einsatz von Überwachungstechnik.

Herr Raue fragte, wie lange man als Zuwandere gilt.

Herr Kramer sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 7.4 Ganzheitliches Elektromobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)

Frau Prof. Dr. Dalbert stellte einen Antrag auf Vertagung. Dem Antrag wurde zugestimmt.

zu 7.5 Herr Rebenstorf zum Themenspeicher

Herr Rebenstorf informierte zum Themenspeicher. Die Vorstellung der Försterin wird im Juni stattfinden. Das Leitbild Wald ist noch in Bearbeitung. Er entschuldigte sich für die Verzögerungen, die durch organisatorische und personelle Gegebenheiten zustande kommen.

Herr Kuchta sagte, dass Detailfragen zur besseren Vorbereitung gerne vorab gestellt werden können.

Er informierte, dass der Fluglärmbeauftragte für die Septembersitzung zugesagt hat. Auch dafür können gerne vorab Fragen eingereicht werden.

Er sagte, dass die Allgemeinverfügung, die das nächtliche Verbot von Mährobotern regelt, in Kraft treten wird. Einen festen Termin dafür gibt es noch nicht.

Herr Rebenstorf sagte, dass es zum Toilettenkonzept noch eine Antwort geben wird.

Herr Zwick sagte, dass die Beantwortung der Frage im Stadtrat zur Fortschreibung zum Klimaschutzkonzept beantwortet ist. Einen Zeitplan zu erstellen ist aktuell auf Grund der personellen Lage schwierig.

Die Energieberichterstattung soll im 3. Quartal 2025 vorliegen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung des Albedo-Effekts in der Stadt Vorlage: VIII/2025/01133

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Herr Doege sagte, dass Hellmachen nicht immer günstig ist, auf Grund zum Beispiel von längerer Verfestung im Winter.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Radverkehrskonzepten Vorlage: VIII/2025/01134

Frau Prof. Dr. Dalbert informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Dr. Burkert fragte nach der groben Planung, wann es den Stadträten vorgestellt werden kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das auf Grund personeller Gegebenheiten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden muss.

zu 8.3 Herr Doege zum Müll in Diemitz

Herr Doege bat um Überprüfung von Müllablagerungen auf und vor einem Grundstück Höhe der Straßenmeisterei in Diemitz.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.4 Herr Doege zu Bauarbeiten am Neumarkt

Herr Doege fragte, warum an der Breiten Straße schon wieder Bauarbeiten stattfinden, obwohl dort erst kürzlich gebaut wurde.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.5 Herr Doege zum Salzgrafenplatz

Herr Doege bat, dass sich das Ordnungsamt mit der Polizei zu den Vorkommnissen kurzschließt.

Herr Teschner sagte, dass zu den Vorkommnissen kein Anruf in der Leitstelle des Ordnungsamtes dokumentiert wurde. Bezüglich Lärm gibt es keine Beschwerdelage.

zu 8.6 Frau Krischok zum sicheren Radverkehr

Frau Krischok sagte, laut einer Darstellung in einem Einwohnerdialog kreuzen sich der geplante Radweg entlang der Kohlebahntrasse und die geplante Südumfahrung von Bruckdorf. Sie fragte, welche Maßnahmen sind vorgesehen, damit insbesondere Radfahrende diese Stelle sicher befahren können?

Herr Rebenstorf sagte, dass die Umgehungsstraße Bruckdorf vom Land geplant und gebaut wird. Der Radweg soll regelkonform in die Kreuzung eingebunden werden.

zu 8.7 Frau Krischok zu Bäumen auf Privatgrundstücken

Frau Krischok fragte, wie sich der Verfahrensweg darstellt, wenn auf einem privaten Grundstück der Verdacht besteht, dass ein geschädigter Baum eine Gefahr darstellt?

Herr Kuchta sagte, dass der Grundstückseigentümer eine Baumfällgenehmigung beantragt und dann eine Prüfung erfolgt. Gegebenenfalls wird eine Ersatzpflanzung angeordnet, die durch die untere Naturschutzbehörde überwacht wird.

Frau Krischok fragte zur Verständigung, ob die untere Naturschutzbehörde prüft.

Herr Kuchta bejahte das.

zu 8.8 Frau Burkert zu Baumscheiben

Frau Dr. Burkert fragte nach dem Hintergrund von der Entfernung der Begrünung an Baumscheiben (u. a. am Robert-Franz-Ring 3).

Herr Kuchta sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Wolf regte einen sensibleren Umgang mit der Begrünung an.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

zu 8.9 Herr Neumann zum ISEK

Herr Neumann fragte zu den Vorlagen zum ISEK und zum Radverkehr um die Gustav-Anlauf-Straße, welche im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung behandelt wurden. Er fragte, warum solche Vorlagen nicht in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung kommen und wie sich das ändern ließe

Herr Rebenstorf sagte, bei der Vorlage zum ISEK ging es um die planerischen Voraussetzungen. Bei der Vorlage zum Radverkehr in der Gustav-Anlauf-Straße ging es um den technischen Ausbau, Fragen des Denkmalschutzes und Fragen der Planung und die Beauftragung.

zu 8.10 Herr Neumann zur Kleinen Ulrichstraße

Herr Neumann fragte, ob es zur geplanten Verkehrsberuhigung eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass es dazu eine spätere Mitteilung geben wird.

Herr Neumann fragte, wann das lose Pflaster in der Kleinen Ulrichstraße repariert wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.11 Herr Neumann zu Verkehrsmessungen

Herr Neumann fragte nach dem Sachstand der Verkehrsmessungen an der Kreuzung Im Langen Feld und Feldrain.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.12 Frau Wolf zum Förderprogramm

Frau Wolf erkundigte sich nach dem Sachstand der Bewerbungen bei den Förderprogrammen "Klimaschutz in Kommunen" und "Klima III".

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.13 Frau Wolf zu Bäumen

Frau Wolf sagte, dass auf dem Lidl-Parkplatz in der Krausenstraße und entlang der Zufahrt von der Jahnstraße, abgestorbene Bäume stehen. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung davon Kenntnis hat und ob es eine Nachpflanzung geben wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.14 Herr Doege zu Beteiligungsformaten

Herr Doege fragte, ob bei Ausgleichsmaßnahmen auch Bürger beteiligt werden können.

Herr Kuchta sagte, dass es mit Bürgerbeteiligungen unterschiedliche Erfahrungen gemacht worden. Aktuell wurde bei den Ausgleichsmaßnahmen davon Abstand genommen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Neumann zur Treibhausgasbilanz

Herr Neumann regte an, dass geprüft wird, ob die Treibhausgasbilanz vorzeitig zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Prof. Dr. Dalbert bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Prof. Dr. Dalbert
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellvertretende Protokollführerin